

Wer sich verweigert oder verplaudert, hat verloren



Aber eben: Diese Frage ist in unserem von der Ver lustangst der Wohlständigen erstickten Land ein seltsames Totaltabu. Vielleicht, weil sie sich so offensichtlich stellt.

Wir müssen unsere hausgemachten Probleme mit den anderen also mit uns selbst lösen. Das sieht auch «Brüssel» so. Europa hat ja auch noch eine grössere Baustelle: Nicht nur eine Solidaritäts-, sondern auch eine Demokratiekrise.

Während alle mit den Fingern auf das autokratische Staatsverständnis in Teilen Osteuropas zeigen, wird im Westen nicht minder schamlos der Parlamentarismus angegriffen. Wenn es der Regierung nicht passt, holen wir das Parlament mal vom Strand zurück, um sich abzuschaffen (Italien), schicken es im Gegenteil in den Urlaub, um nicht zu stören (UK) oder fordern ganz einfach Neuwahlen (überall).

An solche Dinge sollten wir denken, wenn im Oktober auch die Schweiz ihr neues Parlament wählt. National- und Ständerat brauchen einen zünftigen Schupf nach Links. Aber eben auch eine Stärkung all jener Kräfte, die Parlament und Volk als Verhandlungsdemokratie verstehen und pflegen.

Am Ende des Anfangs steht der Kompromiss und nicht das Plebiszit. «Langweilig, aber gut» findet das eine Minipartei der Mitte. Stark, Streitbar und grossartig finden wir das. Wer sich wie in der Europadiskussion einfach verweigert oder verplaudert, hat schon verloren. Den Plauderis bleibt dabei nicht einmal Zeit, sich um die anderen brennenden Themen zu kümmern. Keine Lust und so. Wir schon!

Martin Naef
Nationalrat SP, Zürich

Was ist das nur für ein Geschwafel: Der Bundespräsident und der andere Bundesrat seiner Partei erklären öffentlich das Scheitern des Rahmenvertrages mit der Europäischen Union. Dabei gibt es keinen Plan B – ausser den ihren. Das wäre dann die totale Isolation der Schweiz. Einer Schweiz, die jeden zweiten Franken im Ausland verdient, ein Grossteil davon im Austausch mit Europa. Waren im Wert von einer Milliarde täglich passieren unsere Grenze mit der EU, ebenso wie eineinhalb Millionen Menschen.

Die Nichtidee der Abschottung ist für den Wahlkampf vielleicht besser als faule Äpfel, geht aber offensichtlich gar nicht. Der weniger schlechte Alternativplan wäre dann gewissermassen der «Resetknopf». Also alles von vorn. Und das nach zehn Jahren Gesprächen und sechs Jahren Verhandlungen. Niemand hat im Ernst das Gefühl, es käme irgendwann etwas anderes, geschweige denn besseres für die Schweiz heraus.

Die Kernfrage bleibt: Wollt ihr am Binnenmarkt teilnehmen oder nicht? Wenn ja, dann gelten dessen Spielregeln. Wenn die Schweiz innenpolitisch nicht in der Lage ist, diese Frage zu beantworten, dann stellt sich früher als gedacht endlich wieder ernsthaft die andere: Die nach einer Mitgliedschaft im Club. Dann könnten wir wenigstens auf allen Ebenen mitentscheiden.

Weg mit dem schlechten Gewissen!



Bis weit in die Argumentation der Linken und Grünen hineingefressen hat sie sich, die neoliberale Denke. Wirtschaft und Konsum ist alles. Die Politik ist zweitrangig – oder stört. In diesem Denkgerüst werden Menschen nicht mehr in erster Linie als BürgerInnen wahrgenommen. Sondern als KonsumentInnen. Das Rezept für Umwelt- und Klimaschutz ist dann ganz einfach: Kauf Dir die Welt doch grün, Du hast ja die Wahl! Internalisierung von externen Kosten und Lenkungsabgaben dagegen sind so-so-lala... Und Verbote erst, die sind ganz fest pfui.

Damit einher kommt eine schreckliche Moralisation. Bei jedem Einkauf lastet der Druck auf einem, mit bewusstem Konsum die Welt zu verbessern. Wehe, man lässt sich als grüner Symp mit den falschen Sachen im Einkaufswägel ertappen. Und so einfach ist die Wahl ja nicht: Ist nun das Biogemüse aus Almeria besser oder das konventionelle aus dem Gewächshaus aus der Region? Und wenn die Bio-Setzlinge der Schweizer Salate in Nordafrika angepflanzt wurden?

Auch der Wildwuchs der Labels gibt keine definitive Sicherheit. Man bleibt verwirrt. Einfach auf einem höheren Niveau. Und mit der Zeit wird man

auch den Verdacht nicht ganz los, dass einem oft mehr das gute Gewissen verkauft wird als wirklich die guten Produkte. Green-Washing nennt sich das. Darum sage ich: Weg mit dem schlechten Gewissen. Her mit der besseren Politik. Oder wie der Ko-Vorsitzende der deutschen Grünen, Robert Habeck, mal treffend einen Buchbeitrag betitelt: Wir brauchen keine besseren Menschen zu sein, um eine bessere Politik zu machen.

Als BürgerInnen dagegen können wir den Schritt zurück aus dem Alltag machen. In Ruhe überlegen, nach welchen Regeln die Wirtschaft für alle und auch fürs Klima besser funktioniert. Welchen Versuchen wir uns erst gar nicht mehr aussetzen möchten. Und vor allem können wir als BürgerInnen in einer demokratischen Ausmarchung, als Gesellschaft gemeinsam Gesetze machen, die für alle gelten. Damit wir nicht mehr

Verbote können viel liberaler sein als ein moralinsaurer Diskurs.

davon sprechen, wer der bessere Mensch ist, weil sie, weil er halt auf so viel verzichtet. Sondern darüber, mit welchen politischen Mitteln wir unser Zusammenleben so gestalten, dass nicht unsere Zukunft draufgeht.

Möglichst wirksam. Das ist im einen Fall ein Ökobonus. In anderen Fällen ist das Wirksamste ein Verbot. Das ist im Endeffekt viel liberaler als moralinsaure Erziehungskampagnen. Und bringt Resultate. Hätte der Bundesrat 1986 Phosphat im Waschmittel nicht verboten, sondern einfach verteuert, dann wären die Bäche wohl heute noch mit Schaumteppichen bedeckt.

Balthasar Glättli